

Telegraphische Depesche.

Bern, 16. Januar. Auch der Ständerath hat übereinstimmend mit dem Nationalrath die Petition der Bischöfe gegen die Posttrennung Tessins von den lombardischen Bisthümern mit 23 gegen 11 Stimmen abgewiesen.

Telegraphische Nachrichten.

Madrid, 13. Januar. Gestern wurden die Mauren, welche unser Lager angriffen, zurückgeschlagen. Das Wetter wird besser. Man schiffte Kranke und Verwundete ein. Lebensmittel und Kriegsmunition wurden ausgeschifft. Der „Constitutionnel“ veröffentlicht folgende amtliche Depesche aus Madrid, 13. Januar, 6 Uhr Abends: „Da die Stürme, welche in der Meerenge herrschten, aufgehört haben, so wird das Heer seinen Marsch auf Tetuan fortsetzen, dem dasselbe sehr nahe ist. In den Kämpfen während der letzten Tage war das Verhalten des Heeres trefflich, und die Angriffe der Mauren wurden stets zurückgeschlagen.“

Madrid, 14. Jan. Bei Beginn des marokkanischen Krieges hat die englische Regierung die Summe von 56 Mill., wofür sie Waffen und Munition während des Bürgerkrieges geliefert, zurückverlangt. Die spanische Regierung hat die Schuld nicht bestritten, aber Einwendungen gegen einzelne Posten erhoben, so daß die Totalsumme auf 47 Millionen reduziert ward.

England hat für die Rückzahlung verschiedene Erleichterungen angeboten, die spanische Regierung hat aber das Verbot zurückgewiesen und am 10. d. M. die ganze Summe in die Hände des englischen Gesandten zu Madrid zurückgezahlt.

London, 15. Januar. Dem telegraphischen Bureau von Reuter meldet man aus Paris, der päpstliche Nuntius habe dem interimistischen Minister des Auswärtigen, Baroche, einen schriftlichen Protest des Papstes gegen das in der Broschüre „Der Papst und der Congreß“ enthaltene politische Programm überreicht. Dieser päpstliche Protest datirt vom 7. Januar, also nach dem Empfang des kaiserlichen Briefes vom 31. December. — Die Gerüchte vom Rücktritt des Cardinals Antonelli sind falsch.

Hannover, 14. Jan. Ein so eben den Kammern mitgetheiltes königl. Schreiben verlegt die Ständeversammlung bis zum 9. Februar. Die zur Prüfung der Regierungsvorlagen gewählten Ausschüsse bleiben beisammen. (S. B. 5.)

Berichtigung. In die Berliner Depesche des heutigen Morgenblattes sind die Worte „als Entschädigungsquote“ hinter: „acht Prozente des Reinertrages“ irrtümlich eingeschoben worden. D. Red.

Preußen.

P. B. Landtag.

[Die dritte Sitzung des Herrenhauses] wurde um 12 1/2 Uhr eröffnet. Am Ministerische befanden sich Fürst Hohenzollern und die Herren v. Auerswald, v. Bethmann-Hollweg, Graf Büdler, Dr. Simons und Graf v. Schwerin.

Unter anderen geschäftlichen Mittheilungen werden zwei Schreiben des Ministers des Innern verlesen, wonach der Prinz-Regent Herrn v. Schönborn zum Mitglied des Herrenhauses für die Landschaften Marienburg und Kurlm bestätigt.

Das neu eingetretene, bereits als Abgeordneter vereidigte Mitglied von Arnim-Gröden wird von dem Präsidenten freundlich begrüßt; die ebenfalls neu eingetretenen Mitglieder v. Reichenbach-Gösch und v. Schönborn werden vereidigt. Darauf nimmt der Justiz-Minister Simons das Wort, um, autorisirt durch allerhöchste Ermächtigung vom 7. Januar, und gemeinschaftlich mit dem Minister der geistlichen Angelegenheiten, dem Hause den „Gesetzentwurf über das Eherecht“ zur verfassungsmäßigen Beschlußnahme vorzulegen. Der Entwurf erscheint in derselben Gestalt, wie er bereits im vorigen Jahre eingebracht wurde. Bekanntlich konnte derselbe damals, obgleich er in der betreffenden Kommission verhandelt worden, wegen des bevorstehenden Schlußes der Session im Plenum nicht mehr zur Diskussion gelangen. Auf Antrag des Justiz-Ministers wird für diesen Entwurf eine besondere Kommission von 15 Mitgliedern gewählt. Die zweite Vorlage der Regierung betrifft das „eheliche Güterrecht in Westfalen und in den Kreisen Ries, Effen und Duisburg.“ Auch dieser Gegenstand hat dem andern Hause bereits vorgelegen, konnte aber wegen Schluß der Session nicht mehr erledigt werden. Der Minister stellt anheim, entweder der Justiz- oder einer andern Kommission diesen Entwurf zu überweisen; der Präsident erklärt sich, weil eine Justizkommission nicht besteht, für das letztere.

Hierauf beantragt der Minister für landwirthschaftliche Angelegenheiten, Graf Büdler, laut allerhöchster Ermächtigung vom 19. December 1859 von Neuem „Abänderung des §§ 68 und 69 und Ergänzung des § 77 zu dem Gesetz vom 2. März 1850, den Gesetzentwurf über Realasten in Betreff der Normalmarktpreise und Normalmarktförderung.“ Obgleich sich hier in den meisten Punkten eine Uebereinstimmung der Ansichten bereits geltend gemacht hatte, wurde doch ein Endresultat noch nicht erzielt, so daß die Ausführung des Gesetzes unmöglich war. Das Jahr 1860 ist der letzte Termin und darum wird der Gesetzentwurf zu schneller Erledigung noch einmal eingebracht.

Die Sitzung schloß nach kaum halbstündiger Dauer; die nächste noch nicht bestimmt.

[Die vierte Sitzung des Hauses der Abgeordneten,] in welcher der Ministerpräsident und sämtliche Minister mit Ausnahme des Kriegsministers zugegen waren, wurde um 1 1/2 Uhr eröffnet. Das Haus ist in animirter Stimmung, fast sämtliche Abgeordnete auf ihren Plätzen, denn man erwartet wichtige Vorlagen von Seiten des Staatsministeriums. Wir glauben, daß die Erwartungen übertroffen wurden, und daß die Eröffnungen des Ministeriums Ueberraschungen verschiedensten Charakters hervorgerufen haben.

Nach Mittheilung mehrerer geschäftlichen Angelegenheiten nimmt der Justizminister Simons das Wort, um dem Hause einen „Gesetzentwurf, betreffend eine Abänderung der Konkursordnung von 1854“ zur verfassungsmäßigen Beschlußnahme zu übergeben. Die Vorlage wird der Justizkommission überwiefen.

Eine zweite, von demselben Minister eingebrachte Gesetzesvorlage betrifft „die kürzeren Verjährungsfristen für die hohenzollernschen Lande.“

Der Finanzminister, Freiherr v. Batow, schlägt dem Hause vor, „den Rest der Anleihe von 30 Millionen an die Staatsschuldentilgungskasse zu überweisen“ und läßt sich sodann das Weitere über den ungünstigen Erfolg von Preußens Bemühungen auf den Zollvereins-Conferenzen aus. Es sei nicht möglich gewesen, eine Reduktion der Eisenzölle zu erreichen, nicht einmal anzubahnen, und nur in Bezug auf Baumöl und Salz seien die bereits bekannten Ermäßigungen durchzusetzen gewesen. Die Regierung beabsichtige, eine neue Reduktion des Zolltarifes vorzunehmen, woraus die bis in neuester Zeit von den Zollvereins-Regierungen verabredeten Veränderungen ersichtlich sein werden.

Durch allerhöchste Ermächtigung vom 12. December, fährt der Finanzminister fort, bin ich autorisirt, den Rechnungsabluß des Budgets von 1857 dem hohen Hause zu übergeben. Der Ueberschuß von 2,968,560 Thlr. ist zur Hälfte in dem vorjährigen Budget verrechnet und zur Hälfte an den Staatsfiskus abgeführt worden. Dieser Rechnungsabluß wird der Budget-

Eine allerhöchste Ordre vom 11. Jan. autorisirt mich zur Vorlage eines „Gesetzes, über die Feststellung des Staatshaushaltsetats pro 1860.“ Obgleich das hohe Haus die Staatsregierung zur Fortsetzung des Aufschlags von 25 pCt. zur Einkommensteuer, Wahl- und Schlicht- und Klassensteuer bis zum 1. Juli d. Jahres ermächtigt und dieser Aufschlag bereits seit sechs Monaten erhoben worden ist, so die daraus aufkommenen Beträge, sowie die sich noch herausstellenden Mehreinnahmen in dem Budget von 1860 nicht berücksichtigt worden, weil „in Betreff dieses Aufschlags die Staatsregierung eine besondere Gesetzesvorlage sich vorbehält.“ (Sensation im ganzen Hause.)

Der Etat pro 1860 ist in Einnahme und Ausgabe balancirend auf 130,799,713 Thlr. veranschlagt. Die Einnahmen pro 1859 balancirend mit den Ausgaben waren normirt auf 131,829,498 Thlr., es ist also in dem Etat von 1860 eine Mindereinnahme von 1,033,575 Thlr., oder nach Abzug des Etats für die hohenzollernschen Lande von 1,048,146 Thlr. vorgezogen. (Bei der ungünstigen Lage der Journalisten-Tribüne ist es unmöglich gewesen, alle Zahlen genau zu verlesen. Wir bitten also, wegen etwaiger kleiner Ungenauigkeiten uns zu entschuldigen.) Diese Verminderung der Einnahme ist jedoch nur eine scheinbare. Im vorjährigen Etat ist ein extraordinärer Aufschuß von 1,360,000 Thlr. aus dem Etat pro 1857 aufgenommen. Nach Abzug dieser Summe ergibt sich eine wirkliche Mindereinnahme von nur 281,844 Thlr., so daß das Resultat des jetzigen Budgets immerhin ein befriedigendes und überraschendes genannt werden kann. Die Finanzverwaltung müsse bekennen, daß sie ihre eigenen Erwartungen übertroffen habe. Von den Verwaltungen im Finanzministerium geben die Forstverwaltung 41,000 Thlr., die direkten Steuern 205,000 Thlr., die indirekten Steuern 195,000 Thlr., und von diesen letzten einen großen Theil die Kuntelrübenersteuer allein Ueberschuß (Sensation). Die Seehandlung hat sich bereit erklärt, 100,000 Thlr. zur Verfügung zu stellen; die Einnahme der Post steigt um 44,000 Thlr., so daß der ganze Ueberschuß des Finanzministeriums 1,753,000 Thlr. beträgt. Minder erfreulich ist das Resultat aus dem Ministerium für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten. Die Telegraphenverwaltung ergibt ein Minus von 54,000 Thlr., die Verwaltung der Bergwerke und Salinen einen Ausfall von 514,000 Thlr., die Verwaltung der Privat-Eisenbahnen von 137,000 Thlr. und die der Staats-Eisenbahnen von 247,000 Thlr. Diese Ausfälle werden vermindert um 403,000 Thlr., welche den Amortisationsfonds bilden und nicht mehr zum Ankauf von Eisenbahnaktien gebildet werden. Die Ueberschuß-Verwaltungen geben also im Ganzen ein Plus von 1,193,000 Thlr. Was die Aufschußverwaltungen betrifft, so hat das Justiz-Ministerium ein Plus von 106,000 Thlr., das Kriegs-Ministerium ein solches von 12,000 Thlr., das Ministerium des Innern ein Minus von 787,000 Thlr., das Ministerium für landwirthschaftliche Angelegenheiten ein Minus von 48,000 Thlr. und das Ministerium für auswärtige Angelegenheiten ein Minus von 32,000 Thlr. Die ganze Mehreinnahme stellt sich also auf 1,166,000 Thlr.

Die Ausgabeüberschreitungen haben stattgefunden bei dem Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten mit 7,900 Thlr., bei dem Handelsministerium mit 41,000 Thlr., bei dem Kriegsministerium mit 801,000 Thlr. u. s. w. Das Defizit des Budgets beträgt also 2,381,000 Thlr. Um diese Summe zu decken, sind die extraordinären Ausgaben erheblich geführt worden und zwar so, daß während im Etat 1859 für extraordinäre Ausgaben, 8,217,000 Thlr. gefordert worden sind, der Etat von 1860 für diese Ausgaben nur 5,833,000 Thaler veranschlagt. Von diesen Verkürzungen treffen das Handelsministerium 172,000 Thlr., des Innern 150,000 Thlr., des Kriegs 1,300,000 Thlr. und der Marine 1,000,000 Thlr.; (?) die Staatsregierung hat den Wünschen der Abgeordneten, in Betreff der direkten Steuern den Anschlag nach dreijährigen Fraktionen zu normiren, thunlichst Rechnung getragen, was die indirekten Steuern betrifft, so ist die dreijährige Fraktion überall zu Grunde gelegt.

Der Finanzminister bringt ferner noch folgende Entwürfe ein:

1) Mittelft allerhöchster Ermächtigung vom 2. Januar die Abänderung des § 81 der Steuerordnung vom 2. Februar 1819 und der Erläuterung vom 6. October 1823, nach welchen die Unternehmer von Brauereien und Brennereien für die Versehen ihrer Aufsicht aufkommen müssen. Dieser Paragraph enthält alleseitig empfundene Härten, welche die Regierung zu mildern beabsichtigt. Der Entwurf wird der Finanz-Commission überwiefen.

2) Mittelft allerhöchster Ermächtigung vom 2. Januar den bereits im vorigen Jahre von beiden Häusern des Landtags beratenen und genehmigten Entwurf, die anderweite Regulirung des Amts-Cautions-Wesens betreffend. Das Gesetz ist nicht publizirt worden, weil über die Fines des Cautions-Deposits durch die Beschlüsse des Hauses anderweitig verfügt worden ist, und weil sämtliche Papiere im Course so gekunten waren, daß eine plötzliche Realisirung derselben beträchtliche Verluste herbeigeführt haben würde. Die Staatsregierung beabsichtigt, den Entwurf wiederum vorzulegen und bemerkt hierbei, daß sie nur dahin eine Abänderung getroffen habe, daß der Zeitpunkt der Ausführung des Gesetzes unbestimmt gelassen worden ist.

3) Mittelft allerhöchster Ermächtigung vom 11. Januar die Gesetz-Entwurf, betreffend die anderweite Regulirung der Grundsteuer. Die Regierung ist nur in einem einzigen Punkte von den Beschlüssen der Commission abgewichen, während sie namentlich, was die Entschädigung betrifft, den Satz von 4 1/2 pCt. anstatt 4 pCt. acceptirt hat. Die Regierung schlägt diesmal vor, die Grundsteuer für den ganzen Umfang des preussischen Staates auf 8 pCt. des Reinertrages zu normiren. Eine Mehreinnahme wird sofort nicht erzielt werden und nur dann wird ein Ertrag von 800,000 Thlr. der Staatskasse zufließen, wenn die Spezialgesetze angenommen und zur Ausführung gebracht werden. Ohne diesen Ertrag ist die Mehrforderung, welche die Herrensorganisation bedingt, unmöglich.

Der Handelsminister in Gemeinschaft mit vier andern Ministern bringt einen Gesetzentwurf ein, betreffend die Aufhebung der Beschränkung des Zinsfußes (Bravo!), da das bestehende Gesetz, wie die Erfahrung lehrt, seinen Zweck nicht erreicht hat. Wird einer besondern Kommission von 21 Mitgliedern überwiefen.

Der Handelsminister übergibt ferner einen Gesetzentwurf, nach welchem den Berg- und Hüttenwerken, da ihnen bereits die Verwaltung überlassen soll. (Besondere Kommission von 14 Mitgliedern.)

Der Minister v. Schleinitz übergibt eine von Preußen in seinem Namen und im Namen des Zollvereins mit der Krone Sardiniens am 28. October 1859 abgeschlossene Convention als Additionsakte zu dem Handels- und Schifffahrts-Vertrage von 1845, dem Alte ist eine Denkschrift beigefügt. Graf Büdler ist am 15. Januar ermächtigt worden, dem Hause einen Gesetzentwurf, betreffend die Ablösung der Realasten in den hohenzollernschen Landen vorzulegen.

Ein formeller Zufall verhindert den Grafen Schwerin heute schon die Vorlage, betreffend die anderweite Regulirung der Wahlbezirke, zu überreichen.

Die nunmehr folgenden Wahlprüfungen geben zu keiner Diskussion Veranlassung. Nächste Sitzung unbestimmt.

Berlin, 16. Januar. [Amtliches.] Se. königl. Hoheit der Prinz-Regent haben, im Namen Sr. Majestät des Königs, allergnädigst geruht: den Kreisgerichtsrath Werner zu Ratibor zum Appellationsgerichtsrath in Posen zu ernennen; dem Kreisrichter Wolff in Stettin bei seiner Versetzung in den Ruhestand den Charakter als Justizrath; dem Geheimen expedirenden Sekretär bei dem General-Postamte, Seidel, den Charakter als Kanzleirath und dem Geheim-

men Kalkulator und dem Geheimen expedirenden Sekretär bei dem General-Postamte, Offenhammer, den Charakter als Rechnungsrath; und dem praktischen Arzte v. Dr. Mankiewicz zu Ratel den Charakter als Sanitätsrath zu verleihen.

Das dem Architekten Fr. Th. Masuch und dem Mechaniker Gustav Schäfer in Berlin unter dem 8. November 1858 ertheilte Patent auf einen Wassermess-Apparat ist aufgehoben.

Der bisherige Kreisgerichtsrath Licht in Potsdam ist vom 1. Februar d. J. ab zum Rechtsanwalt bei dem dortigen Kreisgerichte unter Anweisung seines Wohnsitzes daselbst, und zugleich zum Notar im Departement des Kammergerichts mit der Verpflichtung ernannt worden, statt des bisherigen Titels: Kreisgerichtsrath, den Titel: „Justizrath“ zu führen.

Der Rechtsanwalt und Notar v. Wilnowski zu Halle in Westfalen ist unter Beibehaltung des Notariats im Departement des Appellationsgerichts zu Paderborn als Rechtsanwalt an das Kreisgericht zu Herford, mit Anweisung seines Wohnsitzes daselbst, versetzt worden.

Der Kreiswundarzt Nebler zu Pudewitz ist aus dem Kreise Schroda in den Kreis Grottkau versetzt worden.

Se. königliche Hoheit der Prinz-Regent haben, im Namen Sr. Majestät des Königs, allergnädigst geruht: Dem Hauptlehrer und Unterrichts-Dirigenten bei der Central-Turnanstalt, Hauptmann Rothstein von der Armee, die Erlaubniß zur Anlegung des von des Königs von Schweden und Norwegen Majestät ihm verliehenen Ritterkreuzes des Schwertordens zu ertheilen. (St.-Anz.)

Stettin, 14. Januar. [Ausbruch aus dem Zellengefängnis.] In letzter Nacht sind aus dem hiesigen Zellengefängnis in der Neustadt vier Gefangene ausgebrochen. Aus einer Zelle, in der zwei Diebe untergebracht waren, vernahm der wachhabende Schließer gegen 1/2 Uhr Klopfen und Hilferuf. Er begab sich dorthin und wurde von einem der Gefangenen um seinen Beistand gebeten, da er mit seinem in Krämpfe verfallenen Genossen nicht mehr allein fertig werden könne. Da es mit dieser Angabe nach früheren Anzeichen von Krämpfen bei demselben seine Richtigkeit haben konnte, öffnete der Schließer die Zelle und gewahrte nun auch wirklich den Gefangenen Krüger tobend am Boden liegen und den Gefangenen Ott um ihn beschäftigt. Kaum aber hatte der Schließer die Zelle betreten, um ihm hilfe-reiche Hand zu leisten, als Ott das Schließelband ergriff, mit einer kurzen Wendung die Zelle verließ und den Schließer einsperrete. Während nun Krüger die Rolle des Leidenden aufgab und den Schließer zu bewältigen, ihn sogar mit dem Handtuch zu erdroffeln veruchte, befreite Ott, im Besitz der Schlüssel, drei in einer oberen Zelle untergebrachte Complicen, die Diebe Lech, Lehmann und Pfeiffer. Wahrscheinlich errieth ihnen aber die Befreiung Krügers zu gewagt, sie ließen ihn im Stich und ergriffen, nachdem sie noch einen Ueberzieher, eine silberne Uhr und ein Paar Stiefeln aus der Wärterstube mitgenommen hatten, schleunigst die Flucht. Krüger vermochte indessen den Schließer nicht zu übermächtigen, durch den Hilferuf des Letzteren war die Schilddache aufmerksam geworden und hatte das übrige Beamtenspersonal alarmirt. Als sich von dieser Seite nun dem bedrängten Schließer Hilfe näherte, änderte sich auch die Scene in der Zelle selbst. Krüger ließ von fernern Angriffen gegen den Beamten ab, stellte sich vielmehr, als wenn er plötzlich zur Besinnung komme und von dem Vorgefallenen nichts wisse. Die ausgebrochenen vier Verbrecher hatten inzwischen Gelegenheit gefunden, ins Freie zu entkommen. (N. St.-Z.)

Italien.

Rom, 8. Januar. [Ein Protest. — Die Souveräne.] Das „Giornale di Roma“ hat Ihnen die Anrede des Generals Goyon am Neujahrstage und die Antwort Sr. Heiligkeit gebracht. Aus leicht begreiflichen Gründen muß ich die verschiedenen Vorfälle beim Empfange des französischen Generals mit Stillschweigen übergehen. Ich kann Ihnen nur mit Gewißheit sagen, daß dieser Tage eine Protestation des Staats-Secretariats an alle Höfe Europa's gegen jede Combination abging, welche eine Vermittlung der Kirchen-Staaten beziele würde. Ich kann Ihnen gleichfalls sagen, daß die meisten Souveräne Europa's Pius IX. lebhaft Zeichen ihrer Verehrung und ehrerbietigen Sympathie zugehen ließen. Der König von Preußen übersandte Seiner Heiligkeit eine große Console in Porzellan, mit Gemälden, Emaille und Eiselüren auf kostbaren Metallen verziert, nebst zwei prächtigen, sechs Palmen hohen Vasen. Man schätzte dieses wahrhaft königliche Geschenk auf 40,000 Scudi. Auch der alte Kaiser von Oesterreich schickte nach seiner Weise dem heiligen Vater Neujahrsgeschenke. Er ließ ihm, wie man erzählt, einen Wechsel von 150,000 Francs zukommen, welche Summe auf Befehl des Papstes sofort in die Staatskasse eingezahlt wurde. Unter den gekrönten Häuptern, welche sich durch ihre fromme Freigebigkeit auszeichneten, nenne ich noch die Königin Christine. Der König von Baiern bot dem heiligen Vater einige Tausend ausgerüsteter und bewaffneter Soldaten an, welche unter päpstliche Fahne treten würden. Auch die römische Regierung beschäftigt sich energisch mit Organisation einer Armee. — In Pefaro und Ancona verhaftete man einige Emissäre, welche aus der Romagna gekommen waren, um die Bevölkerung aufzureizen. Selbst hier zu Rom hatten wir einige standalöse Manifestationen. In der Nacht vom 31. December auf den 1. Januar, nach dem Theater, bildeten sich Zusammenrottungen vor den Wohnungen des Generals Goyon, des französischen Gesandten und des sardinischen Consuls. Man schrie: „Tod den Priestern! Nieder mit den Priestern!“ General Goyon erschien auf dem Balkon und sprach einige energische und strenge Worte, worauf die Ruhestörer sich zurückzogen. Die Bischöfe in der Romagna dürfen nun auf Befehl Farini's ihre Hirtenbriefe nicht mehr drucken lassen, bevor sie das Bistum des Intendanten haben.“ (Ami de la Rel.)

Rom, 10. Jan. Bar Cardinal Antonelli vor 14 Tagen beschäftigt, Abschiedsbefuche zu empfangen und zu machen, so ist seine Reise nach Paris heute kaum noch wahrscheinlich. Der Grund des Bleibens Antonelli's ist die Ungewißheit des Kongresses selber, und diese wird in einem wesentlichen Punkte durch den stillen Protest des Kirchen-Oberhauptes gegen die ihm von Napoleon III. zugebotene Präsidenschaft im italienischen Bunde fort und fort unterhalten. Es sind über diese Angelegenheit neuerdings starke Aeußerungen des Papstes vom Herzog von Grammont gehört worden. Man werfe der römischen Kirche ihren weltlichen Besitz immer und immer wieder vor. Dies thue die Flugschrift: „Le Pape et le Congrès“, in der ent-

